



Kiel, 29.12.04

## Proteste gegen die Agentur für Arbeit

# **Die Politik ist verantwortlich, nicht die Beschäftigten der Agentur für Arbeit Kiel!!!**

Einige Bündnisse und vereinzelte ver.di-Gruppen haben Proteste gegen die Umsetzung der Arbeitsmarktreformen, insbesondere gegen ALG II angekündigt. Für den 03.01.2005 sind u. a. auch in Kiel Aktionen innerhalb und außerhalb des Gebäudes der Agentur für Arbeit geplant (Agenturschluss). Die ver.di - Betriebsgruppe der Agentur für Arbeit Kiel sowie der ver.di-Bezirk Kiel/Plön, die ver.di-Erwerbslosengruppe Kiel/Plön und der Landesfachbereich Sozialversicherung im ver.di-Landesbezirk Nord haben sich mit dieser schwierigen Frage beschäftigt und stellen dazu folgendes fest:

---

*Immer wieder haben wir im Vorwege auf die Folgen eines solchen Gesetzes hingewiesen. Insbesondere ver.di und der DGB haben das Sozialstaatsprinzip immer wieder angemahnt und an die Sicherung des sozialen Friedens appelliert. Es wurden jedoch bewusst keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BA und keine betroffenen Erwerbslosen in die „Reformierung des Arbeitsmarktes“ in Form der Hartz - Gesetzgebung einbezogen, trotz aller Proteste. Uns ist klar, dass diese Reformen keinen zusätzlichen regulären Arbeitsplatz bringen und nur dazu dienen, Arbeitslose zu bestrafen und die Löhne und Gehälter zu drücken. Wir fordern daher die Rücknahme der Hartz-IV-Gesetze, und wir setzen uns für eine staatlich finanzierte Aus- und Fortbildung für alle Erwerbslosen, für existenzsichernde Einkommen, tarifliche Mindestlöhne und Arbeitszeitverkürzungen ein.*

*Die Beschäftigten haben keine Lust mehr, der stammtischgerechte Prellbock der Nation zu sein, nur weil wir, im Gegensatz zu den Politikerinnen und Politikern, greifbar und angreifbar sind.*

*Wir können die Empörung und Wut der Betroffenen zu Alg II und dessen Auswirkungen nachvollziehen. Wir können auch verstehen, dass die Gebäude der Agentur wegen ihrer Symbolik für Protestaktionen attraktiv sind.*

*Wir lehnen aber die Aktion Agenturschluss innerhalb und außerhalb der Gebäude gegenüber Beschäftigten ausdrücklich ab, bei denen 'Verantwortliche' gesucht und zur Rede gestellt werden sollen. 'Verantwortlich' sind die Politikerinnen und Politiker, die diese Gesetze verabschiedet haben. Sie müssen zur Rede gestellt werden und nicht die Beschäftigten der Agentur für Arbeit in Kiel.*

---

***Die Beschäftigten der Agentur für Arbeit Kiel leisten bereits seit Sommer erhebliche Mehrarbeiten in allen Teams zugunsten der rechtzeitigen Zahlbarmachung von Alg II für die betroffenen Arbeitssuchenden. Diese Mehrarbeit wird sich in hohem Maße im neuen Jahr fortsetzen. Für diese Sonderbelastung sollten die Beschäftigten nicht kritisiert und angegriffen, sondern wertgeschätzt und unterstützt werden.***

***Beschäftigte und Betroffene dürfen sich nicht auseinander dividieren lassen. Wir werden unseren Einfluss geltend machen, dass sich Aktionen nicht gegen die Beschäftigten richten.***

**Der Landesfachbereich Sozialversicherung im ver.di-Landesbezirk Nord spricht sich ausdrücklich gegen die Aktion Agenturschluss bei der Agentur für Arbeit Kiel aus. Wir setzen auf Dialog und nicht auf Konfrontation!**

**Michael Rüther  
Landesfachbereichsleiter  
Sozialversicherung**

**Hans-Jürgen Rummel  
Sprecher Erwerbslosengruppe  
ver.di Bezirk Kiel/Plön**

**Detlef Bock  
Vertrauensleutesprecher  
Agentur für Arbeit Kiel**

**Holger Malterer  
Bezirksgeschäftsführer  
ver.di-Bezirk Kiel/Plön**

---

V.i.S.d.P.: Michael R ther, Landesfachbereichsleiter Sozialversicherung, ver.di-Landesbezirk Nord,  
Sophienblatt 74-78, 24114 Kiel, 0431/6608130

---